

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

P/IV/10-24.1.1949

Die Beschlüsse von Iserlohn

Vorstand, Parteausschuß und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und mehrere sozialdemokratische Landesminister tagten vom 21. - 23. Januar 1949 in Iserlohn (Westf.)

Umfang und Bedeutung des Arbeitsprogrammes ergaben sich aus der Fülle der vorliegenden politischen Probleme. Die wesentlichsten Beratungspunkte waren das Grundgesetz, wie es z.Z. in Bonn beraten wird, und das kürzlich bekanntgegebene Ruhrstatut.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein umfassendes Referat des stellvertretenden Vorsitzenden Erich Ollerhauer über die allgemeine politische Situation am Beginn dieses Jahres und über die zutreffenden Entscheidungen.

Partei Vorstand und Parteausschuß billigten nach gründlicher Diskussion die nach Bekanntwerden des Ruhrstatutes veröffentlichte Erklärung. Man wandte sich entschieden gegen die vielfache Mißdeutung dieser klar ablehnenden Erklärung und den im Ausland erhobenen Vorwurf, sie sei zu nationalistisch. Die Schärfe der Stellungnahme erkläre sich allein aus dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen den Prinzipien einer europäischen Kontrolle der Schwerindustrie mit den im Ruhrstatut niedergelegten Bestimmungen.

Die Stellungnahme der SPD zum Grundgesetz ist weiterhin vollkommen offen. Das gilt sowohl für den Inhalt, der nach sozialdemokratischer Vorstellung in der weiteren Beratung noch gründlich überprüft werden sollte, wie im Hinblick auf die Unklarheit über das Besatzungsstatut. Mitteilungen über den vermutlichen Inhalt dieses Statutes wurden mit ernster Besorgnis entgegengenommen. Partei Vorstand und Parteausschuß hielten es für unerlässlich, daß der Entwurf des Besatzungsstatutes dem Parlamentarischen Rat bekanntgegeben werden muß, ehe das Grundgesetz verabschiedet wird.

Was den Inhalt des Grundgesetzes betrifft, so hat die SPD nach einwütiger Auffassung bereits einen sehr weitgehenden Beitrag zum Zustandekommen des Gesetzes auf breiter parlamentarischer Basis geleistet. Vor allem in den Fragen der Nichtgleichberechtigung der beiden Kammern und der Bundeshoheit in der Finanzverwaltung sieht man bei der SPD absolut keine Möglichkeit zu weiteren Konzessionen.

Parteileitung und Bonner Fraktion stehen unverändert auf dem Standpunkt, daß das Grundgesetz nur durch eine wirklich überzeugende Mehrheit die notwendige Vertrauensgrundlage in der Bevölkerung erhalten kann.

Der Parteivorstand beschloß, eine Einladung zum Parteitag der holländischen Partei der Arbeit vom 7. - 9. April ds. Js. anzunehmen. Die Abordnung wird aus Erich Ollerhauer, Walter Menzel, Adolf Grinow und Emil Gross bestehen. Mit großen Bedauern nahm man zur Kenntnis,

E/IV/10-24.1.1949

daß Koos Vorrink, der 1. Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, der kürzlich schwer verunglückte, noch immer nicht außer Lebensgefahr ist. Im Namen des Vorstandes sandte ihm Erich Ollenhauer ein Telegramm mit herzlichsten Wünschen für seine baldige Wiederherstellung.

Eine unter lebhafter Zustimmung angenommene EntschlieÙung verlangt die sofortige Freilassung der mehr als zwei Millionen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die widerrechtlich und gegen feierliches Versprechen von der sowjetischen und den Satellitenregierungen immer noch zurückbehalten werden. Sie bittet die Westalliierten und die Neutralen, in ihren Bemühungen um die Freilassung der Gefangenen nicht nachzulassen.

Der Parteivorstand beschloÙ weiter, die Bildung einer Hochschulkommission aus einer Reihe von Universitätsprofessoren, hohen Beamten der Landeskulturverwaltungen, Vertretern der Studentenschaft und Persönlichkeiten des allgemeinen öffentlichen Lebens. Mehrere Neuberufungen werden auch für den kulturpolitischen Ausschuß vorgeschlagen.

Im Rahmen der Tagung fanden auch Sitzungen des Außenpolitischen Ausschusses, dem in Zukunft der ehemalige Reichstagspräsident, Paul Löbe, wieder angehören wird, und des Frauenausschusses statt.

Tagung des zentralen Ausschusses für Frauenfragen der SPD

Am 20.1.1949 tagte in Iserlohn der Ausschuß für Frauenfragen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dem u.a. Louise Schröder, Berlin und Dr. Elisabeth Selbert, Kassel angehören.

Eine EntschlieÙung zur

Frage des Rechtes der Frau auf Arbeit

wurde vom Parteivorstand und Parteiausschuß ausdrücklich gebilligt. Diese Resolution besagt:

Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß jeder Mensch, ganz gleichgültig ob Mann oder Frau, das Recht auf Arbeit hat.

Durch den ungeheuren Frauentüberschuß ist die bezahlte Berufarbeit für Millionen von Frauen lebensnotwendig.

Die Sozialdemokratische Partei verlangt von allen Unternehmern, von allen städtischen und staatlichen Behörden, daß notwendig werdende Entlassungen nicht automatisch zu Lasten der Frauen vorgenommen werden.

Die SPD fordert ihre Vertreter in Gemeinden-, Stadt- und Länderparlamenten und im Wirtschaftsrat, sowie die Gewerkschaften auf, sich energisch gegen alle einseitigen Maßnahmen zu Lasten der Frau zur Wehr zu setzen.

Außerdem wurden zwei weitere Erklärungen abgegeben:

Zur Bonner Abstimmung über die Gleichberechtigung der Frau

Der Kampf der SPD für das Recht aller Menschen, ein Leben in Freiheit, ohne Not, Furcht und Ausbeutung zu führen, schließt den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau ein.

Der am 20.1.1949 in Iserlohn tagende Ausschuß für Frauenfragen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt mit Befriedigung fest, daß durch den Antrag, in die Grundrechte den Satz:

P/IV/10-24.1.1949

"Männer und Frauen sind gleichberechtigt", aufzunehmen, die Sozialdemokratische Partei erneut bewiesen hat, daß sie die einzige große deutsche Partei ist, die sich für die Gleichberechtigung der Frau vorbehaltlos einsetzt.

Zum Wohnungsbau

Die sozialdemokratischen Frauen erwarten von allen verantwortlichen Stellen, daß sie bei der Planung von Neubauwohnungen die Erfordernisse rationeller Haushalt-führung berücksichtigen. Die finanzielle Lage der Gemeinden und Länder zwingt, mit den wenigen vorhandenen Mitteln hauszuhalten. Einsparungen dürfen aber nicht auf Kosten einer modernen Bauweise gemacht werden. Im Interesse aller Hausfrauen und berufstätiger Frauen müssen die Erfahrungen einer rationellen Haushaltsführung bei den Neubauwohnungen beachtet werden.

Wir fordern die sozialdemokratischen Vertreter in Gemeinde-, Stadt- und Länderparlamenten auf, bei Wohnbauplanungen diese berechtigten Forderungen zu beachten, und außerdem Frauen in die Baukommissionen zu entsenden.

Für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten

Mehr als zwei Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilinternierter werden widerrechtlich von der sowjetischen Regierung und den Satellitenregierungen zurückbehalten. Zehntausende sitzen in Schweigelagern, hunderttausende sind ohne jede Verbindung mit der Heimat. Kinder, Frauen und Männer werden fast vier Jahre nach Schluß der Kämpfe willkürlich gefangen gehalten. Willkürakte in der Sowjetzone vergrößern täglich die große Zahl dieser Verschwundenen und vervielfachen das Elend in Millionen deutschen Familien.

Die Sowjetregierung hat ihr feierliches Versprechen, die Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 freizulassen, genau so gebrochen, wie sie unwahre Angaben über die Zahl der Zurückbehaltenen gemacht hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage an den Kampf für die Freilassung geführt. Sofort nach der russischen Bekanntgabe der Kriegsgefangenenzahl hat sie durch ihren Vorsitzenden die Unwahrheit dieser Angaben erstgestellt und trotz des Trommelfeuers sowjetischer Fälschungen ihren Aufklärungsfeldzug fortgesetzt. Heute ist erwiesen, daß unsere Behauptungen der Wahrheit entsprachen.

Gemeinsam mit allen, die für Recht und Wahrheit kämpfen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Sie bittet die Westalliierten und die Neutralen, in ihren Bemühungen um die Freilassung der Gefangenen nicht nachzulassen.

Das deutsche Volk hat nur das Mittel des Protestes gegen diese Willkürmaßnahmen der Sowjetregierung. Die zentralen Körperschaften SPD, versammelt in Iserlohn, richten deshalb an alle deutschen Organisationen und Vereinigungen, gleich welcher Richtung, die dringende Bitte, auf allen ihren künftigen Veranstaltungen der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten zu gedenken und ihre Rückkehr zu fordern.